

Danziger Volksstimme

Einzelnummer 200 Mk.

Bezugspreis: Durch die Post u. Austrag. 4000 M.
In Danzigs 8000 M. poln. Angelegen: Dies-ge-
paltene Zeile 400 M. auswärts 600 M. Die Reklama-
zeile 1600 M. auswärts 2000 M. Arbeitsmarkt
und Wohnungsanzeigen nach besonderem Tarif.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Nr. 79

Donnerstag, den 5. April 1923

14. Jahrg.

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus Nr. 6
Postfachkonto: Danzig 2945
Korrespondenz: Für Schriftleitung 720,
für Anzeigen, Aufnahme, Zeitungs-
bestellung und Druckkosten 3200.

An die Arbeiter der Welt!

Unter dieser Überschrift erlassen der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der A. G. Bund, der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Gewerkschaftsbund folgenden Aufruf:

Der völkerrechtswidrige Einbruch des französischen Militarismus in das Ruhrgebiet mitten im Frieden hat neue blutige Opfer gefordert. Gestützt auf das unveräußerliche Recht, die Freiheit ihrer Arbeit zu verteidigen, durch freien Entschluß und unbewußt von Verleitung oder Agitation, demonstrieren unbewaffnete Arbeiter der Kruppwerke in Essen gegen die Besetzung des Werks durch die Franzosen. Die Antwort darauf waren 13 Tote und eine weit größere Zahl von Verwundeten. Alle Grenen des Krieges leben wieder auf, nur zügelloser, häßlicher, des letzten Scheines von Recht entkleidet.

Was will der französische Militarismus im Ruhrgebiet? Angeblich Reparation und produktive Pfänder. Wieder und wieder haben das deutsche Volk und seine berechtigten Vertreter, haben insbesondere auch die deutschen Gewerkschaften ihre Bereitwilligkeit zur Reparation im Rahmen der Leistungsfähigkeit durch Wort und Tat bekundet. Deutsche Vorschläge haben in London und Paris vorgelegen und hätten bei allseitig guten Willen eine Verhandlungsgrundlage werden können. Was geschieht stattdessen? Brutale Waffengewalt besetzt die deutschen Arbeitsstätten und trat an Stelle der deutschen Verwaltung. Tausende von Beamten, die Organe der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, wurden verhaftet, mißhandelt, ausgewiesen. Verkehrsmittel, Kohlenzüge, der Lohn der Arbeiter, die Unterstützung der Erwerbslosen, wurden wahllos „beschlagnahmt“. Täglich werden neue Tausende von deutschen Arbeitern und Angehörigen erwerbslos. Ungezählte auch von ihnen wurden eingekerkert, mit Fran und Kind aus ihren Wohnungen gejagt, andere ohne jeden Anlaß getötet oder verwundet. Das Massaker von Essen stellt den neuesten und furchtbarsten, aber keineswegs den einzigen Fall der Abschachtung unbewaffneter Arbeiter durch den französischen Militarismus dar.

Die Freiheit der Arbeit, die Achtung des Arbeiters als einen vollwertigen für sich selbst verantwortlichen und freien Willen handelnden Menschen, sie wird im Ruhrgebiet, im besetzten Deutschland durch die militärische Diktatur mißachtet und unterdrückt. Das französische Volk verkündete vor mehr als 100 Jahren die Menschen- und Bürgerrechte, die heutigen Gewalttäter Frankreichs wollen die freie Arbeit in Sklaverei verwandeln. Die furchtbaren Erregenschaften jahrhundertelanger sozialer Kämpfe, eine Vorbedingung jeder wahren Kultur, sind in Gefahr.

Arbeiter der Welt, öffnet Augen und Ohren. Diese Gefahr besteht nicht für den deutschen Arbeiter allein, sie droht euch allen, wenn die Gewalt über das Recht triumphiert. Arbeiter der Welt, seid gewarnt und schützt die Freiheit der Arbeit, ehe es zu spät ist!

Protest der französischen Arbeiter.

Der Allgemeine Arbeiterverband veröffentlicht im „Peuple“ einen Protest zu den Vorgängen in Essen. Darin heißt es: Der Verband betrachte es als Pflicht, nochmals die Politik der militärischen Besetzung des Ruhrgebiets an den Franger zu stellen. Die Macht der Gewaltpolitik habe nur die Gehe der deutschen Nationalisten legitimiert. Der Allgemeine Arbeiterverband wolle gleichzeitig gegen die Schieberei in Essen protestieren und an alle Arbeiter appellieren, damit der für die Reparationen und den Weltfrieden so schädlichen Politik ein Ende gemacht werde. Das einzige Mittel, die Wiederkehr dieser Zwischenfälle zu vermeiden (so die Opfer nun Arbeiter oder Soldaten seien), sei eine Intervention des Völkerbundes. Diese von der Gewerkschaftsinternationale stets verlangte Lösung sei heute noch entschiedener geboten als bisher.

Der Ausweg aus der Sackgasse.

Die französische Zeitung „L'Œuvre“ zieht in einem Leitartikel die Bilanz aus 15 Monaten einer Politik, die Deutschland zum Zuhlen bringen sollte. „L'Œuvre“ kommt zu dem Schluss, daß der ganze Sieg in Frage gestellt sei, da bei der Politik, die sich zu dem Ruhrabenteuer entschlossen habe, nicht die Möglichkeit bestünde, rückgängig zu machen, was geschehen sei. Frankreich könne sich von der Ruhr nicht zurückziehen, ohne dadurch der Militärpartei in Deutschland zum endgültigen Triumph zu verhelfen. Das Vorgehen im Ruhrgebiet sei für Frankreich ruhmlos, trotzdem könne es nicht mehr darauf verzichten, es müsse durchhalten, koste es, was es wolle.“ Diese Ausführungen des linksdemokratischen Blattes sind ungenau charakteristisch für die Stimmung selbst jener französischen Kreise, die die Unmöglichkeit und Zwecklosigkeit der Ruhraktion Poincarés einsehen und auf die öffentliche Meinung ihres Landes im Sinne einer Verständigung mit Deutschland einzuwirken suchen. Dieser Verständigungswille wird jedoch illusorisch gemacht, wenn dieselben Kreise gleichzeitig die Parole

des „Durchhaltens bis zum Ende“ ausgeben. Es mutet wie eine Aufforderung zum Selbstmorde an, wenn „L'Œuvre“ schreibt, die Ruhraktion sei zwar für Frankreich ruhmlos, sie müsse aber dennoch, koste es, was es wolle, durchgeführt werden. Das Hauptargument, das hierbei angeführt wird: daß durch einen Rückzug Frankreichs der Militärpartei in Deutschland zum Siege verholfen werden würde, geht vollkommen an den Tatsachen vorbei. Das Gegenteil ist richtig. Verharrt Frankreich bei seiner selbstmörderischen Politik, so werden Militarismus und Nationalismus nicht nur in Frankreich, sondern auch in Deutschland gestärkt. Um aus der jetzigen verfahrenen Situation herauszukommen, genügt es deshalb nicht, wie die linksdemokratische Presse es tut, bloß die ruhmlosen Folgen der Ruhrbesetzung zu schildern. Soll Frankreich und mit ihm ganz Europa aus der jetzigen Sackgasse herauskommen, so muß die französische Demokratie den Mut aufbringen, den Weg der aktiven Verständigungspolitik zu beschreiten, den die französische sozialistische Partei, im Einverständnis mit der deutschen Sozialdemokratie und den Sozialisten aller Länder, vorgezeichnet hat.

Neue Besetzung der Bahnhöfe.

Gestern nachmittag ist der Bahnhof Serne von den Franzosen besetzt worden. Sie richteten eine Kontrollstelle für alle durchfahrenden Züge ein. Als sie die Absicht äußerten, sämtliche Wagen mit Kohle, Holz und Nebenprodukten zu beschlagnahmen und sie auf die militärisierte Linie nach Reddinghausen abzurollen, wurde von den Eisenbahnern darauf hingewiesen, daß in diesem Falle ein Verbleiben der deutschen Beamten im Dienste nicht mehr möglich sei. Der Personenverkehr soll, wie die Franzosen erklärt haben, vorläufig nicht behindert werden. Die Wartehäuser des Bahnhofes wurden mit Truppen besetzt. Am vormittag haben größere französische Truppenabteilungen die Bahnhöfe Essen-Nord und Kray besetzt. Es handelt sich anscheinend um einen Raubzug der Franzosen, ähnlich wie in Wanne, Serne usw. Zurzeit sind die Franzosen damit beschäftigt, Wagen und Lokomotiven abzurollen. Nach einer anderen Meldung soll es sich bei der Aktion offenbar um die Abschneidung des wichtigen Kohlenzentrums Gelsenkirchen handeln, das nimmehr im Norden und Süden von der Eisenbahn abgeschnitten ist. Darauf deutet auch die Tatsache hin, daß die Franzosen zwischen Kray-Nord und Gelsenkirchen die Gleise aufgerissen haben.

In Bochum lassen die Franzosen Flugblätter durch Beamten verteilen. Flugzeuge kreisen jetzt täglich über Bochum und anderen Städten des Einbruchgebiets. Gestern beschlagnahmten die Franzosen in Bochum 250 Millionen Mark für die Reichsbahn bestimmten Gelder.

Nach einer Havasmeldung aus Koblenz erfolgt zurzeit auf Grund einer Verordnung der Rheinlandkommission die „Beschlagnahme“ vor allem von Nahrungsmitteln, deren Lieferung Deutschland infolge der Besetzung des Ruhrgebiets eingestellt hat. Die erste Beschlagnahme habe eine Menge von 70 000 Kilo betroffen.

Die Rheinlandkommission hat die holländische Zeitung „Limburger Kurier“, das Organ der Katholiken der holländischen Provinz Limburg, für einen Monat verboten.

Ein Aufruf der Kommunisten.

Die „Rote Fahne“ veröffentlicht einen Aufruf der kommunistischen Internationale und der Roten Gewerkschaftsinternationale. Der Aufruf trägt die Überschrift: „Das Blutbad in Essen“ und ist an die Arbeiter aller Länder gerichtet. Es heißt darin: „In Essen ist in breiten Strömen Arbeiterblut geflossen. 11 Arbeiter mit dem kommunistischen Banner an der Spitze fielen tot nieder auf dem Fabrihof Krupp und einige Dutzend von Verwundeten wurden gezählt. Nach einer Reihe Schandtatzen, nach einer Reihe Grausamkeiten fing der französische Militarismus an, dem Weltproletariat den Sinn und die Bedeutung der Ruhrbesetzung mit dem Feuer der Maschinenengewehre zu beleuchten.“ Die Arbeiter Frankreichs werden aufgefordert, im ganzen Lande in mächtigen Demonstrationen gegen die Herrschaft des französischen Vojonnetts über deutsche Arbeiter Protest zu erheben. Die Arbeiter Deutschlands, die Arbeiter des Ruhrbeckens sollen durch Verbrüderung mit den französischen Arbeitern und Soldaten die einheitliche revolutionäre Kampffront gegen den internationalen Kapitalismus schaffen.

Der deutsche Protest.

Der französischen Regierung und den Regierungen der übrigen Hauptmächte des Völkerbundes ist eine Note über die Vorgänge in Essen überreicht. Die deutsche Regierung verweist darin zunächst mit Nachdruck auf die Besonnenheit und Geduld, mit der die Ruhrbevölkerung seit langen Wochen alle Arten von Gewalttaten der Einbruchstruppen ertragen hat. Das jetzige Verbrechen aber, bei dem ein französisches Kommando, ohne angegriffen oder auch nur bedroht zu sein, in eine Menge friedlich demonstrierender Arbeiter hineingeschossen und dabei ein entsetzliches Blutbad angerichtet hat, stellt alle übrigen bisherigen Untaten in den Schatten.

Die Note schildert im einzelnen die Vorgeschichte und den Vorfall selbst, durch den bis jetzt 13 Arbeiter getötet und mehr als 30 zum Teil lebensgefährlich verwundet worden sind. Diese Schilderung, die sich mit der bereits gegebenen Darstellung deckt, verweist insbesondere noch darauf, daß nach den Feststellungen der deutschen Behörden die demonstrierende Arbeitermenge in voller Ruhe den Raum vor der besetzten Halle freigelassen hat. Auch wurden bereits um 10½ Uhr die Streunensignale eingestellt. Kurz nach 11 Uhr ließ jedoch der französische Offizier ohne jede Herausforderung von seinen Arbeitern und ohne jede Warnung, plötzlich das Feuer eröffnen und die auseinanderstrebende Menge auch auf der Flucht noch weiter beschießen. Die französischen Soldaten vertieften dann ohne selbst Schaden zu nehmen, die Kruppwerke. Anschließend weist die Note, die von französischer Seite und besonders von der Agentur Havas verbreiteten Angaben als Fälschungen zurück und betont im Besonderen, daß nach den gekommenen Augenzeugen keiner der Arbeiter einen Revolver hatte, und daß sich die demonstrierende Menge trotz ihrer begreiflichen Erregung zu keiner Tätlichkeit oder Drohung hat hinreichend lassen. Auch die von französischer Seite kommende Behauptung über einen angeblichen Angriff mit Wasserdämpfen sowie der Vorwurf gegen frühere Beamte der Schutzpolizei und gegen das Direktorium der Werke werden als grundlose Unterstellung zurückgewiesen.

Gegen Schluss stellt die Note, die gegen die frivole Blatit feierlichen Protest erhebt und alle Genugtuung für die Opfer und deren Angehörigen sowie sofortige Freilassung der verhafteten Mitglieder des Direktoriums und Abteilungsleiter verlangt, fest, daß in der Tat und Wahrheit von deutscher Seite nichts anderes geschehen ist, als daß die Arbeiterkraft gegenüber einem rechtswidrigen Eingriff in ihre Produktionsstätten den Entschluß faßte, nicht unter französischen Vojonnetts zu arbeiten. Dieser Entschluß sei ebenso wie die besonnene Art, in der er bekundet wurde, den französischen Truppen aus ihren früheren Erfahrungen im Ruhrgebiet genau bekannt, so daß er ihnen nicht den geeigneten Anlaß zu ihrem mörderischen Vorgehen bieten konnte. Die Verantwortung für die unheilvolle Tat, wie auch das schwere Verbrechen der Besetzungstruppen fällt nicht allein auf diese, sondern auf die französische Regierung selbst.

Antisemitische Demonstration in Warschau.

Gestern kam es in Warschau anlässlich der Demonstrationen gegen die Ermordung des Präsidenten Duffrenoy in Moskau zu antisemitischen Ausschreitungen. Junge Leute, vielach Studenten und Schüler, brachen in einige hantwisch von Juden besetzte Cafés ein und erschlugen auf den Köpfen der Besucher das Geschütz. Es soll dabei ein Schaden von annähernd 20 Millionen Mark angerichtet worden sein. Danach zogen die Demonstranten vor die Redaktion der „Kurjer Poranny“ und „Przeglad Wszechorny“ und erschlugen dort eine Fensterreihe im Werte von 5 Millionen Mark. Ebenso kam es zu Exzessen vor dem Café „Volna“ in der Wielandstraße, das der Sitz der schwarzen Wörte sein soll.

Neue Ausschreitungen in Aberdeen.

Die Ausschreitungen der Aberdeener Fischer gegen die deutschen Fischer dauern an. Fünf deutsche Boote mußten auf ihrem Rückwege vom Markt durch den Hafengebiet gefahren, auf dessen beiden Seiten sich die schottischen Fischer aufgestellt hatten. Sobald die deutschen Boote sichtbar wurden, wurden sie mit Steinen bombardiert, wobei vieles Glas und Holzwerk zertrümmert wurde. Bereinzelt wurden Schmerzensrufe laut. Das Bombardement dauerte an, bis die Boote aus dem Hafengebiet waren. Die mörderische Welle schrie dabei: „Nieder mit den Hunnen“. Zwei deutsche Boote, die in den Hafen einlaufen wollten, wurden gleichfalls mit Steinen beworfen. Die Polizei hat überall eingegriffen.

Der englische Sozialistenkongress.

Alkoholfrage und Moskau.

Nach lebhafter Debatte entschied sich die Konferenz der Unabhängigen Arbeiterpartei in London gegen ein Totalverbot des Spirituosenauskaufs. Eine Resolution war eingebracht worden, die Ueberführung der Spirituosen in den öffentlichen Besitz und die öffentliche Kontrolle seien die besten Mittel zur Befämpfung der Trunksucht. Ein Vorschlag, der sich für ein altes Verbot aussprach, wurde mit 163 gegen 152 Stimmen abgelehnt und die Resolution angenommen. Ein Antrag zugunsten einer Annäherung an die kommunistische Internationale wurde gegen ganz wenige Stimmen abgelehnt.

Danziger Nachrichten.

April-Epistel.

Jeder Monat hat so seinen Sparren: — der April hält die Menschen gern zum Narren. — Ihn können wir, daß schon Frühling sei, — laßt sich heimlich ins Hauschen drehen — und läßt, während die Leute sich freuen, — da zwischen wieder Armen und Schönen, — daß es die garten Salme und Blätter — grüßelt beim unbedachtigen Wetter! — Freilich: der launische Wetterverwalter — täuscht nicht die Vögel, Käfer und Vögel! — Die wissen Bescheid: — wenn es auch jähnt, — und ist des Winters Herrlichkeit! — Wenn nur wir Menschen genau es wäßen, — daß wir nicht weiter durchs Glend müßten! — Denn der Winter der herrschenden Not — war noch ein Kampf nur ums trockne Brot! — Hunger und Unterernährung, — Kohlenmangel und Kleiderentbehrung: — das war der Mahnen, der umpannt — steht im Winter das deutsche Land. — Nun, wo es Frühling wird, geht es besonnen: — wird es im Sommer wohl besser kommen? — Oder bleibt die alte Mißere — mit ihrer brüderlichen Schmach und Schwere? — Bläst der Wucher (o Glend und Schand!) — nach wie vor weiter im deutschen Land? — Sieh'n nicht schon grinsend und lauernd bereit — Hunger und Arbeitslosigkeit? — Werden den Weg schon müssen ergründen! — Keiner vermag uns die Zukunft zu kündeln! — Wenn nur ein kleiner Hoffnungskrahl — lindern wollte die Pein und die Quall — immer das gleiche — fahle und leiche — Schimmer der Not! — das wirkt wie Tod! — Nun, der April kann ja weinen und lachen, — er kann vielleicht es besser machen, — kann uns helfen unversehrt — in eine bessere, ruh'gere Zeit! — Ach, wir wurden ja so bescheiden! — nur ein blühendes Hoffnungs auf Licht — würde uns fällen mit Zurecht! — Nur nicht so langsam verkümmern, verderben, — nur nicht so langsam fischen und sterben! — Anders werden muß es doch wieder! — Und wir reden und strecken die Glieder, — heben das Haupt und strecken den Nacken: — Schicksal, komm an, wir wollen dich packen! — Der verkommt nur, der sage hält still! — Stimmt es? Ich sehe dich lächeln, April!

Der polnische Osterfeldzug gegen Danzig.

Hast die gesamte polnische Presse beschäftigt sich in ihren Chrennummern politisch oder feuilletonistisch mit Danziger Fragen. Es wird dabei eine harte Kampfkellung gegen Danzig eingenommen und besonders damit gerechnet, daß der neue Völkerbundkommissar sich eine Beeinflussung von polnischer Seite gefallen lassen könnte.

Ein geradezu unglaubliches Gaskprodukt stellt der offene Brief des Danziger polnischen Abgeordneten Kucharski in der „Gazeta Odnasza“ an den Völkerbundkommissar Mac Donnell dar. Darin wird in maßlosen Worten über die angebliche Unterdrückung der Polen in Danzig geklagt und die beiden Vorgänger Mac Donells, Tower und Hastings, beschuldigt, daß sie es dahin gebracht hätten, daß der Völkerbundvertrag nur noch ein Faden Papier sei. Er ist ein äußerlich durchsichtiger Versuch der Aufhebung des neuen Völkerbundkommissars nicht nur gegen den Danziger Senat, sondern auch gegen seine Vorgänger.

„Gazeta Odnasza“ stellt die Behauptung auf, daß die Danziger deutschen Abgeordneten sich von den deutschen Abgeordneten des Warschauer Sejms über die Absichten der polnischen Regierung informieren ließen. Die deutschen Abgeordneten des polnischen Sejms hätten Danziger Volkstagsabgeordnete dahin informiert, daß die polnische Regierung die Frage der Befestigung Danzigs mit Waffengewalt in Betracht ziehe. Das sei bewußte Arbeit des Deutschhumbundes.

Der Krakauer „Gaz.“ schreibt in einem längeren Artikel das polnische Leben in Danzig und steht in Bewunderung vor dem weissen Adler an dem unheimlichen Haus des polnischen General-Kommissariats, in dem er den Anfang der polnischen Zukunft in Danzig sieht. Als größte Notigkeit erzählt das Blatt, daß Danzig bald aufhören werde, Danzig zu heißen und sich „Gdanz“ nennen werde. Besonders lustig wirkt es, daß dieser Artikel mit den Worten „nec temere nec timide“ geschlossen wird.

„Gazeta Warszawska“ schwängt sich sogar zu einem Gedicht auf, in dem frei nach Heine Danzig besungen wird und das damit schließt, daß der Schiffer in seinem Schiffe auch hier eine wunderbare Melodie hört, aber nicht zum Tellen, sondern zum dunkelrothenden Krautentor aufsteht, „wo der weisse Adler die alte Nacht hält“.

Die polnische Nacht an der Weichsel!

„Gazeta Odnasza“ ruft die Polen in Danzig auf, 20 Millionen Mark für polnische Schulen und das polnische Haus zu sammeln. Dann werde in ganz Polen eine Miliarde gesammelt werden. Der Inhalt ist: „Dann kannst du ruhig sein, du polnische Nacht an der Weichsel!“ „Dienstlich Odnasza“ meldet, daß die in der Gegend eine polnisch-katholische Kirche erbaut werden soll. Die Mittel dazu würden bei den Polen in Amerika gesammelt werden.

Und immer wieder das Wohlfahrtsamt.

Zu dem vor einiger Zeit veröffentlichten Artikel „Unzulängliche Sozialpolitik“ des Abg. Gen. Gebauer wird uns aus den Kreisen der Kriegsbeschädigten noch geschrieben:

Die Kriegsbeschädigten des Kreisverbandes müßten in dem Artikel „Unzulängliche Sozialpolitik“ abgebildeten Zuständen beistehen. Die Angaben entsprechen durchaus wahren Tatsachen und sind noch viel zu milde geschildert. Die Ansprüche auf dem Sozialamt — übrigens sollte man diesen Namen nicht mißbrauchen, denn ein solches ist es schon lange nicht mehr — an das die Kriegsbeschädigten jetzt auch des öfteren verwiesen werden, sind durchaus reformbedürftig. Die Arbeitsleistung in der Unterhaltungsabteilung, die in der Hauptsache durch eine Frauenverein, Arl. Bildecker geleitet wird, befindet sich schon lange nicht mehr. Es kann nicht von besonderem Verständnis für das Glend und die Not der Kriegsbeschädigten, wenn an solche und ihre Hinterbliebenen z. T. noch nicht die Feuerungsanlagen vom Monat Dezember gezahlt sind. Ähnlichen Protest müssen wir gegen das gegenwärtige Erweiterte Landtag anheben, das Unwissen verächtlich, die man lieber den Hilfsbedürftigen zusammen lassen sollte. Die Hilfsbedürftigen, die um Unterstützung nachsuchen, müssen ein Schicksal unterliegen, in welchem sie auf ihr elendes Erbe zu warten des Wohlstandes verachten. Diese verwerfliche Maßnahme ist bereits in die Tat umgesetzt. So fand z. B. am 22. März eine solche Kommission auf dem Vor der Diebstahlskammer statt. Es waren u. a. Beerdigungskosten zu decken, die der Hilfsbedürftige nicht bezahlen konnte, man hatte mit ihm wie vornehmend angesetzt, verfahren. Wäre es wohl etwas Beschämendes für eine Sozialamt, die sich „Wohlfahrtsamt“ nennt, als diese Tatsache? Man muß auch die Frage aufwerfen, wo der Ueberdruck bleibt?

Die Kriegsbeschädigten haben unsere Gatt- und östlichen Kriegsbeschädigtenfürsorgen. Diese sollte man mehr ausbauen und den Forderungen derselben größere Mittel zur Verfügung stellen.

fügen stellen, damit den Kriegsbeschädigten auch wirklich geholfen werden könnte. Diese Stellen kennen unsere Not und unser Glend, sowie auch durch den bereits jahrelangen Verstoß mit den Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen sehr, sehr viele persönlich, sowie auch ihre persönlichen Verhältnisse einsehend. Sie können jedoch nicht helfen, weil ihnen die Mittel fehlen. Die Grenze der Hilfsbereitschaft muß höher heraufgesetzt werden, denn, wenn ein Herr Senator frant sich zu den Hilfsbedürftigen redet, und sich Kohlen und städtischen Verteilungen anschauen läßt, so glauben wir, daß die Ansprüche der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen dann doch gerechtfertigt sind. Wir müssen die unpopuläre Forderung für das u. u. bezahlen und die mangelhafte teuren Kohlen finden auf solche Weise ihre Herren. Wir Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen werden fast alle mit unseren Einnahmen, und die Gaspreise zu ermäßigen, abgewiesen. Die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen protestieren aufs allerheftigste gegen derartige Maßnahmen der Behörden. Wir verlangen Ausbau der Fürsorgestellen und strenge Scheidung derselben von dem sogenannten Wohlfahrtsamt, des weiteren durchgeführte Änderung des Ermittlungsverfahrens.

Zum Schutze der Hypothekensäubiger war in einer Eingabe an den Volkstag der Erlaß einer Notverordnung verlangt worden. Der Rechtsausschuß des Volkstages hat sich nun mit der Eingabe beschäftigt und erkennt die kritische Lage der Hypothekensäubiger an. Er wünscht, daß der Senat eine entsprechende Vorlage an den Volkstag einbringt. Es wurde beschlossen, die Eingabe aus diesem Grunde dem Senat als Material zu überweisen.

Die Einrichtung von Jugendherbergen wird in einer Entscheidung gefordert, die von verschiedenen Punkten der deutschen Jugendbewegung in Danzig gelegentlich eines Neftabends im Konradinum angenommen worden ist. Es wird darin vom Volkstag Senat und den übrigen hiesigen Stellen Verständnis und weitgehendste wirtschaftliche und ideale Unterstützung bei Regelung der Jugendherbergenfrage verlangt. Das Fehlen von Stellen in ausreichender Zahl macht sich besonders bei Besuchen jugendlicher Gäste aus dem Reich bemerkbar. Es wird gefordert, daß im ganzen Kreisgebiet planmäßig Jugendherbergen errichtet werden.

Die gestrige Sitzung des Kreistages Danziger Höhe faßte folgende Beschlüsse:

Der Strompreis für Elektrizität für Normalabnehmer wurde für März auf 20 Mark und für April auf 300 Mark die Kilowattstunde festgesetzt. Ein Antrag des Abg. Rasmussen, den Strompreis bei Kleinabnehmern bis 100 Kilowattstunden jährlich von 50 Prozent auf 25 Prozent des Normalstrompreises zu ermäßigen, wurde wegen der Undurchführbarkeit abgelehnt; denn von den 6000 Abnehmern sind 5023 Kleinabnehmer. Unter diesen sind nicht nur die Haushalten, sondern auch Heizer, die durch die Zahlung des Normalstrompreises keinen Schaden erleiden. Die Forderung einer Reduktion wurde nach der für den Kreis Danziger Niederung bestehenden Ordnung mit sinngemäßer Milderung beschlossen. Dann wurde dem Antrag des Kreisaußschusses auf Erlaß eines zweiten Nachtrages zu der Kreissteuer von der Erlaubnis zum künftigen Betriebe der Gastwirtschaft, Schankwirtschaft oder des Kleinhandels mit Branntwein oder Spiritus zugestimmt. Ueber den weiteren Verlauf der Sitzung berichten wir an anderer Stelle.

Die Feuerwehr wurde gestern nachmittags 5 Uhr nach Höhe Seigen 22 gerufen, wo ein Schornsteinbrand entstanden war. Abends 7 Uhr mußte die Wehr nach Jakobswall 22, wo ein Kellerbrand zu löschen war. In beiden Fällen war der Brand bald gelöscht.

Unangenehme Frühlingsdämpfe wehen nicht nur in der Danzigerischen Gasse, sondern, nach einer Mitteilung aus dem Kreise unserer Leser, auch in der Bartholomäusstrasse. Das bet. Haus gehört ebenfalls einem Polen, der sich in Warschau aufhält. Erwärmung und Wasserleitung sind in einem derartigen Zustande, daß das Wasser und der Kot durch die Decke dringt. Die Balkenlagen und Fußböden sind dadurch verfault. Wasser wird täglich nur auf 1/2-1 Stunde angelassen, und trotzdem ist ein Wasserzins von 915,18 Mark pro Einwohner abgezahlt worden. Im Treppenaufgang fehlen die Fenster, teilweise ganz, und teilweise sind sie mit Brettern vernagelt. Auch hier ist das Einatmen der Bewohner notwendig.

Die Klassen. Die Hühnerbauern des Großen Werders fordern bekanntlich die Aufhebung der öffentlichen Bewirtschaftung des Juckers, wodurch der Zudermacher in gewissem Maße geschützt wird. Sie drohen, in diesem Jahre keine Zuderruben anzubauen, wenn wieder ein Teil des Juckers rationiert wird. Vollständige Zuderruberei ist ihr Ideal. Die Saboteure der Volksernährung haben mit ihrer Drohung schon einen Teilerfolg errungen. Dem Volkstag wurde vom Senat ein Gegenentwurf vorgelegt, nach dem der Zuderrubens im nächsten Betriebsjahr auf etwa 1000 Mark stellen soll. Selbst damit sind die Hühnerbauern noch nicht zufrieden und verlangen völlige Freigabe des Juckers. Sie drohen auch heute noch, keine Zuderruben anzubauen. Doch die Eier nach dem riesigen Profit aus dem Zuderrubenanbau wird sie daran hindern, ihre Drohungen wahr zu machen. Aus bestimmten Gründen, z. B. Mangel an Stroh, wird die Verkaufsfähigkeit der Hühner etwas zurückgehen, was für die Zuderruberei von Interesse wenig ins Gewicht fallen dürfte, aber im allgemeinen verläßt man, den Senat und insbesondere den Volkstag zu bluffen.

Reppol. Zur Erhebung der Herbergen. Von den in Reppol ansässigen einheimischen Untermietern wurde seit langem ein Kampf gegen ihre Herbergszucht zur Herbergssteuer geführt. Wie das Oberverwaltungsgericht in Danzig heute in einem solchen Streitfall entschieden hat, ist die Erhebung der Herbergssteuer von Einheimischen unzulässig. Der Magistrat wurde verurteilt, den erzbessenen Betrag zurückzugeben.

Devilenkurse.

(Hauptstadt um 19 Uhr mittags.)

	5 April	4 April
1 Dollar	21 300.—	21 300.—
1 polnische Mark	0 51	0 51
1 Pfund Sterling	99 310.—	99 250.—
1 holländischer Gulden	8 370.—	8 370.—
1 norwegische Krone	3 835.—	3 840.—
1 dänische Krone	4 068.—	4 060.—
1 schwedische Krone	5 665.—	5 660.—
1 Schweizer Frank	3 925.—	3 920.—

Künftige Danziger Einwohnervorstellung vom 1. März.
Amerikan. Dollar: Geld 21 246,75, Brief 21 352,25.
polnische Mark: Geld 50,745, Brief 51,255; engl. Pfund: Geld 98 252,75, Brief 98 740,25.

Schlampereien.

In der Verwaltung des Kreises Danziger Höhe.

In der gestrigen Sitzung des Kreistages Danziger Höhe wurde zunächst die Anfrage des Gen. Brill, ob der Sparschaftsdirektor Mielke auf Grund des Beschlusses des letzten Kreistages seine Tätigkeit in der Sparschaft aufgeben möchte, vom Landrat dahin beantwortet, daß Mielke seine Kreistagsverpflichtung in Urlaub gegangen sei. Nach dieser Erklärung verließen die Abgeordneten der Partei den Sitzungssaal und mochten dadurch die Beschlusseinführung über den zweiten Nachtrag zur Satzung der Sparschaft insoweit beschleunigen, als Kreistages unmöglich. Die Entscheidung über die Verlegung der Dienstwohnung des Landrats würde auf Antrag des Gen. Brill verlegt, weil keine der anwesenden Kreisaußschußmitglieder in der Lage war, den Bericht zu geben.

Zum Kreisaußschußsaal kam sodann Gen. Brill zu längeren Ausführungen das Wort. Er betonte, daß die Verwaltung des Kreises eine reine Vertrauenssache sei. Das Vertrauen zur Leitung des Kreises werde jedoch immer mehr verloren und habe hauptsächlich das letzte Jahr genügend Stoff zum Mißtrauen geliefert. Der Landrat sei nicht immer objektiv und unparteiisch gewesen. So habe er den früheren Gemeindevorsteher von Oberkühn wegen Unterschlagung von 750 Mark dem Staatsanwalt übergeben, dagegen dem früheren Gemeindevorsteher und Amtsvorsteher von Scharfener, Altfeldern, der die eintreffenden Stromgelder von circa 70 000 Mark für sich verstreut hatte, keine Anklage erhoben und es absichtlich unterlassen, sofort eine Revision der Gemeinde- und Amtskasse vorzunehmen zu lassen, trotzdem sich schon früher die Gemeindevorsteher von Scharfener an ihn gewandt hatten, um den Gemeindevorsteher zu veranlassen, eine Jahresrechnung abzugeben zu geben. Die Revision sei erst 5-6 Wochen nach der öffentlichen Anfrage des Redners geschieden und trotzdem der Landrat dem Altfeldern solange Zeit gelassen habe, wurde bei der Revision festgestellt, daß Eintragungen über Einnahmen und Ausgaben im Kassenbuch seit Monaten nicht gemacht worden waren und diese erst durch die revidierenden Beamten aufgeführt wurden. Der Altfelders Darzustand war auch nicht an Ort und Stelle, sondern wurde erst am nächsten Tage von Altfeldern beim Landratsamt eingereicht. Eine Anklage gegen Altfeldern sei nicht gemacht worden. Die Gründe dafür seien in dem engen Verhältnis Altfelders zum Landratsamt erklärlich. Der Kreisaußschußversteher und höhere Major Wöhrer war Leiter des Kreiskassenamtes und auch bei dessen Abgang vom Kreise zum Zollamt sei nicht alles in Ordnung gewesen. Der Landrat habe, ohne der Wirtschaftskommission Kenntnis zu geben, die Abrechnung übernommen, und erst später, rein durch Zufall, habe die Kommission Kenntnis von der nicht ordnungsmäßigen Kassenführung bekommen. Die Mängel der Kassenführung ließen, daß der damalige Leiter des Wirtschaftsamtes die für eine solche einfache Kassenführung erforderlichen Kenntnisse offenbar nicht besaß; es wäre Sache der Dienstaußenkommission gewesen, entweder die Kassenführung einer geeigneten Kraft zu übertragen oder den damaligen Leiter über eine ordnungsmäßige Kassenführung zu unterrichten. Diese Ansicht ist von der Prüfungskommission schriftlich niedergelegt. Dem Kreisbaumeister hat der Landrat durch den Kreisaußschuß 600 000 Mark jährlich Dienstauswandsentschädigung bewilligen lassen. In der Kreisbaukommission steht er ihm für Ausstellung eines Baujahresprojekts 30 000 Mark Dienstauswandsentschädigung bewilligen. Den Kommisionen steht ein solches Bewilligungsrecht nicht zu, sondern nur dem Kreistag. Er machte die Kommissionenmitglieder nicht auf ihr unrichtiges Handeln aufmerksam, sondern förderte es. Trotz der Dienstauswandsentschädigung des Kreisbaumeisters stellt der Landrat dem Kreisbaumeister zu angeblichen Dienstfahrten das Auto der Ueberlandzentrale zur Verfügung, wofür der Kreis die Kosten an die Ueberlandzentrale zu zahlen hat. Ueber die Sparschaft ist in der vorigen Sitzung des Kreistages zur Genüge gesprochen worden. Trotzdem doch der Beschluß des Kreistages ein Mißtrauen gegen den Sparschaftsdirektor bedeutet und nun Mielke wegen Krankheit in Urlaub gegangen ist, hat der Landrat noch nichts veranlaßt, um den Sparschaft und dem Kreistage eine Sicherung für die zukünftige Verwaltungssache der Sparschaft zu bieten. Der Vorstand sollte dem Kreistage doch sein Mandat zur Verfügung stellen müssen. Aber nichts ist geschehen, es wird weiter gemüßwillt. Auch kritisierte Redner das Verhalten des Landrats als Unzufriedenheit in der Danziger Bauerschaft während des dortigen Angelegenheitsrechts und das Aussehen des Betriebs des Handels mit Bier und Fleisch beim Fleischhändler Schulz-Emars. Zum Schluß warf er die Frage auf, wie sich der Kreisaußschuß die Aufforderung der 24 800 000 Mark direkte Kreisabgaben stellt.

Abg. Sommer erregte sich ebenfalls in längeren Ausführungen und betonte verschiedene in der Kreise vorhandene Mängel. Abg. Hammitzger zweifelte die gesamte Auffassung des Kreisaußschußsaalbeschlusses an, weil in der Einmündung nicht die Kriterien für die Grundstücke, Volkstag am Kohlenmarkt und Sparschaft in der Gegend, und die Einnahmen aus dem Kreisaußschußsaalbeschlusses aufgeführt sind, außerdem stimmten die Angaben über Gehälter nicht, weil man die Gehälter der Beamten nicht um 50 Prozent erhöht hat. Er wünschte, daß eine neue Auffassung erfolge.

Der Landrat erwiderte auf die Ausführungen des Gen. Brill, daß er in der Verwaltung des Kreises nicht als Strafbare erkläre. Das Verhängnis über das Amt besitze er. Die Angelegenheit des Fleischhändlers Schulz habe der Kreisaußschuß nicht als kommunale, sondern als staatliche Behörde erledigt und könne sie hier nicht erledigt werden. Im übrigen würde er, falls er sein Verzeihen im Kreistage haben würde, sich seiner Dienststelle zur Verfügung stellen.

Weil die Kreisaußschußabgeordneten es vorgezogen, ihren Privatgeschäften nachzugehen, hat ihrer Pflicht zu genügen, nach einem Antrag, die Beschäftigten festzusetzen, die Beschäftigten festzusetzen, und sich so der letzte Rest des Kreistages in Wohlgefallen auf.

Nach allem, was bisher über den Kreistag Danziger Höhe mitgeteilt wurde, taucht immer mehr die Frage auf, wie in Zukunft die Geschäfte des Kreises erledigt werden sollen. Wenn die Aufsichtsbehörde nicht bald eintritt und entweder den Landrat von seinem Posten abberufen oder den Kreistag auflöst und Neuwahlen auslöst, ist keine Aussicht auf Besserung vorhanden. In es nicht geradezu ein Schand, daß, wenn der Landratsdirektor Meyer nicht anwesend ist, niemand außer unterem Gen. Rastner von den übrigen Kreisaußschußmitgliedern einen Bericht geben kann? Soll man sich dann wundern, wenn im Kreise alles drunter und drüber geht?

Stadtsammler vom 5. April 1923.

Todesfälle. Stellmacher Franz Grubba, 81 J. 4 M. — Witwe Marie Schmitz geb. Hoffen, 65 J. 2 M. — Kaufmann Ernst Stedeband, 48 J. 7 M. — Zimmerpolier Paul Ruelter, 55 J. 2 M. — Bankbesitzer Max Falzer, 19 J. 7 M. — Haushälterin 1 Tochter.

Das Zeitungspapier im Haushalt.

Nur aus der Unkenntnis der meisten Hausfrauen heraus läßt es sich erklären, daß das neuere Zeitungspapier, das lei- der immer mehr im Preise steigt, in vielen Haushaltungen noch adflos beiseite geworfen wird, ja häufig sogar zerstückt in den Müllkimer wandert! Wenn ich auch aus dem Ver- kauf im Einzelstük als Einsteckpapier ein gutes Sammel- herausklopfen läßt, wodurch das Zeitungsabonnement, über- dessen Höhe viele Leute, in Unkenntnis der That, gewaltig klagen, eine erhebliche Verbilligung erfährt, so gibt es doch derartig vielseitige, andere Verwendungs-möglichkeiten im Haushalt, daß es wohl angebracht sein dürfte, einmal kurz darauf hinzuweisen.

Thus born Offen.

Der Kraft-Mann

Aus aller Welt.

Johns Hopkins

□□
Versammlungs-Anzeiger
□□

Barreana folia

Holzexport W. Schoenberg & Co. Danzig

Böttchergasse 23-27 — Telefon Nr. 160 und 6553
Holzexport Dampfsägewerk.

Landmaschinen und Geräte Muscate, Betcke & Co.

OIKOS

— Parkett-Fabrik —
DANZIG-LANGFUHR

Stabfußboden

im Groß- und Kleinhandel

„POLBAL“

Polske Bałtyckie Towarzystwo Handlowe i Transportowe G. m. b. H., Danzig
Telegramm-Adresse: „POLBAL“ Breitgasse 22/23 Tel.: 3255, 3960, 3961, 5422, 3577
Eigene Kassepicher sowie große Lager für Holz, Stück- und Massengut

BERGFORD

Holz-Speditions- und Lager-Gesellschaft m. b. H.
Langgarten Nr. 47 • DANZIG • Tel. 144, 5357, 6501
Lagerplätze in Strohdeich, Kaiserhafen, Weichselmünde.



„OLKA“

Schokoladen-Werke
AKTIEN-GESELLSCHAFT
OLIVA
Freie Stadt Danzig
Danziger Straße 26 • Fernspr. Oliva 59

Danziger Essigsprit- und Mostrichfabrik

R. Haffke & Co.
Kontor und Fabrik: Große Schwalbengasse Nr. 34 □□□□ Telefon Nr. 783

„Massar“

TRANSIT-HANDELSGESELLSCHAFT M. B. H.
Langermarkt Nr. 17 III.

Rudolf Prantz, Danzig

Getreide : Mühlenfabrikate : Hülsenfrüchte : Saaten : Kolonialwaren
Import Hauptgasse 29, Fernsprecher 5378 u. 5399 Export

c. w. Kühne G. m. b. H.

**Essig
Mostrich
Konserven**

Essig-, Mostrich- und Konserven-Fabrik
DANZIG, Thorscher Weg 11a
Fernsprecher 84 • Tel.-Adr.: Ceweke

Qualität!

Werbt Leler für Danziger Volksstimme

Marblewski & Zawacki

Danzig, Mischengasse 1
Telephon 6069-6471 Telegr.-Adr.: „Marzport“
Kolonialwaren-Großhandlung
Import — Export

Geschäftliche Rundschau mit Dauerfahrplan

Musterschutz!

Ohne Gewähr!

(J) Dampferverkehr Swinemünde — Danzig — Pillau.

Montag u. Donnerstag	6 ⁰⁰ ab Swinemünde an	6 ⁰⁰ Donnerstag u. Sonntag
Dienstag	11 ⁴⁵ an Neufahrwasser ab	3 ⁴⁵ Mittwoch u.
Freitag	12 ⁴⁵ ab Neufahrwasser an	3 ⁴⁵ Sonnabend
Dienstag und Freitag	5 ³⁰ an Pillau ab	8 ³⁰ Mittwoch u. Sonnabend

Flugverkehr:	9 ⁰⁰ ab Danzig an	3 ⁰⁰
	11 ⁰⁰ ab Warschau an	1 ⁰⁰
	12 ⁰⁰ ab Warschau an	11 ⁰⁰
	3 ⁰⁰ ab Lemberg an	9 ⁰⁰

Druckladen liefert prompt, sauber und billig
Buchdruckerei J. Gehl & Co.



Elektromotoren
Elektro-
Installationsmaterial

Danziger Elektrowerke

Telephon Nr. 5935 Danzig, Langgarten 47 Telegr.-Adr.: Elmowerke

Groen & Widdra

Fernspr. 2204 DANZIG Fischmarkt 36
Zigarren-, Zigaretten- u. Tabakgroßhandlung
Spezialität:
Großes Sortiment in Uebersee-Rauchwaren

Bernhard Silberschein

Petersiliengasse 10/11
Bernsteindrecherei u. Reparaturwerkstatt
für sämtliche Imitationen
Ständiger Ankauf von regalfreiem Rohbernstein

Silvapol, Holzindustrie u. -Handel Krakauer Kämpfe bei Danzig
Fernsprecher Nr. 430

Wilhelm, Weiss & Co. G. m. b. H.

Telegr.-Adr.: Webro-Danzig Danzig, Reitbahn Nr. 7 Telefon Nr. 707
Getreide — Oelbse — Künstlicher Dünger

Max Ellerholz, Danzig

Judengasse Nr. 26
Säcke, Pläne, Polstermaterialien, Stränge, Seile, Gurte, Halfter, Sackband, Binde-
garn, Hand- u. Papierbindfäden, Wäscheleinen, Scheuertücher, Textilwaren
Spezialität: Gebrauchte Säcke für alle Zwecke. Stets sortiertes Lager.

Danziger Holz-Kontor Aktiengesellschaft Mildkannengasse 28/29

Baltimex G. m. b. H.

Import Danzig, Langgasse 38 Export
Lebensmittel, Kolonialwaren, Mehl, Speise- u. technische Fette

Schmalenberg's Weinbrand

Edelbrand — Feinbrand
die Marken des Kenners!



Hersteller: Urbin-Werke, Danzig
Fabrik G. m. b. H. Danzig, Mischgasse 1

DANZIGER HOLZEXPORT, Isidor Goldberger

Telephon: Notruf 6403 DANZIG Versteigerungs-Garten 44b
Telegramm-Adresse: „DAHOLGO“ DANZIG

Zuckerwaren-Fabrik
Otto Russau, Danzig
Verkaufsstelle: Langgarten 4, Altköln, Graben 78

Danziger Brotfabrik G. m. b. H.
Rittergasse 75
Brotfabrikation und Feinbäckerei.

Gebr. Hornberger
Leder u. Schuhmacherbedarf
Danzig, Fischmarkt Nr. 12



in der ganzen Welt!

S. & N. Rechenmaschinen

Felix Jacobsohn • Hundegasse 105 • Telefon 571

Molkerei Friedrich Dohm G. m. b. H.

Filialen:
Altstädter Graben 25 Pflasterstadt 42
Hamm 1 II. Damm 1
Rähm 13/14
Kassabischer Markt 1c Langfuhr, Hauptstr. 119
Langgarten 103 Neuschottland 15
Koblenz 5 Schilditz, Karth. Str. 107
Schild 15 Zoppot, Danzig, Str. 55
Schickengasse 8 Seestr. 44

E. G. Gamm's Kernseife

Seifenpulver und Bleichsoda
bekannt und bewährt: Überall erhältlich!

H. Filbrandt, Breitg. 14

Wiener-, Back-Würstchen, Schinken
Aufschnitt und Würstchen
sind sehr zu empfehlen.